

Walter Jaide

Zur schulischen und sozialen Situation

Ergebnisse der neuesten Sozialstatistik

Der Gläubige wird zwischen Pessimismus und Optimismus die Mitte halten. Er wird weder durch naiv-modischen Pessimismus den Gang der Geschichte und seines Schicksals diffamieren noch durch leichtfertigen Optimismus an ihren und seinen Aufgaben vorbeilavieren wollen. Er sollte in seinem Urteil vor allem redlich bei der Sache bleiben, auch wenn diese Sache in unseren Tagen besonders vielgestaltig geworden ist und sich zügig verändert.

Das gilt im besonderen Maß für die Bildungslandschaft, d. h. die Entwicklung der staatlichen Schul- und Berufsbildung in den vergangenen zwanzig Jahren (also seit etwa 1960) in der Bundesrepublik Deutschland. Noch immer werden beklagt die „Unterprivilegierung“ der Mädchen und der „Arbeiterkinder“. Die Wirklichkeit ist längst darüber hinweggeschritten – dank fälliger und praktizierter Reformen im Bildungswesen und dank der Mitwirkung der Bevölkerung in fast allen ihren Schichten.

Schulbildung der Mädchen

Wie steht es heute mit der Schulbildung der Mädchen? Trennt man die weiblichen von den männlichen Schülern auf den verschiedenen Schularten, so erhält man für die *14jährigen* (also Jugendliche innerhalb der Schulpflichtzeit) im Jahr 1976 in der Bundesrepublik Deutschland folgende Quoten:

	Sonderschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
weiblich	4,8 ⁰ / ₀	43,6 ⁰ / ₀	24,1 ⁰ / ₀	23,2 ⁰ / ₀	3,3 ⁰ / ₀
männlich	6,7 ⁰ / ₀	47,8 ⁰ / ₀	18,8 ⁰ / ₀	22,5 ⁰ / ₀	3,3 ⁰ / ₀

Die Relationen haben sich inzwischen zugunsten des Besuchs weiterführender Schulen auch für die Mädchen noch verbessert. Von einer quantitativen Unterrepräsentation des weiblichen Geschlechts auf den weiterführenden Schulen der Bundesrepublik kann also überhaupt nicht mehr die Rede sein, sofern man nicht die noch immer „weiblichen“ Fächerpräferenzen dagegen in Anschlag bringt.

Das ergibt sich auch aus der folgenden Aufstellung. Die *16jährigen*, also Ju-

gendliche nach Beendigung der obligatorischen Schulpflicht bzw. nach der ersten Berufswahl, verteilen sich im Jahr 1976 folgendermaßen auf die verschiedenen Schularten:

	Sonder- schule	Haupt- schule	Real- schule	Gymna- sium	Gesamt- schule	Berufs- schule	Berufs- fach- schule	Fach- ober- schule
weibl.	1,1 ⁰ / ₀	4,5 ⁰ / ₀	12,3 ⁰ / ₀	19,5 ⁰ / ₀	1,1 ⁰ / ₀	39,8 ⁰ / ₀	14,4 ⁰ / ₀	1,0 ⁰ / ₀
männl.	1,6 ⁰ / ₀	5,9 ⁰ / ₀	11,8 ⁰ / ₀	19,8 ⁰ / ₀	1,3 ⁰ / ₀	47,9 ⁰ / ₀	7,1 ⁰ / ₀	1,1 ⁰ / ₀

Errechnet man die Prozentanteile weiblicher Schüler an den Schülern der verschiedenen Schularten insgesamt, so ergeben sich für das Jahr 1977 folgende Zahlen: Sonderschule 39,7⁰/₀, Grundschule 48,8⁰/₀, Hauptschule 47,7⁰/₀, Realschule 54,1⁰/₀, Gymnasium 48,9⁰/₀, Gesamtschule 48,4⁰/₀, Abendschule und Kolleg 40,9⁰/₀, Berufsschule 40,3⁰/₀, Berufsaufbauschule Vollzeit 30,0⁰/₀, Berufsaufbauschule Teilzeit 20,8⁰/₀, Berufsfachschule 67,0⁰/₀, Fachoberschule 32,3⁰/₀, Fachschule 67,6⁰/₀. Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß im Jahr 1976 unter den ca. 10 Millionen Schülern allgemeinbildender Schulen in der Bundesrepublik Deutschland die weiblichen Schüler nur ca. 49⁰/₀ gegenüber 51⁰/₀ der männlichen ausmachen; ihre Anteile sind dementsprechend besonders günstig zu bewerten.

Die *Abschlußquoten* der Mädchen differieren nur geringfügig von den Schulbesuchquoten (1976: Realschulabschluß 53,4⁰/₀; Abitur 46,5⁰/₀). Die Aufholwelle der Mädchen hat sich bereits nahezu voll bis zum Abitur ausgewirkt.

Daß die Mädchen auf den deutschen Schulen nicht benachteiligt, sondern im Gegenteil im Vorteil sind, zeigt auch die Statistik der *Sitzenbleiber*. Im Jahr 1976 wurden als nicht versetzte Schüler im Durchschnitt aller Klassen gezählt: an den Grund- und Hauptschulen 2,1⁰/₀ weiblich zu 2,9⁰/₀ männlich, an den Realschulen 5,5⁰/₀ zu 8,3⁰/₀, an den Gymnasien Sekundarstufe I 5,4⁰/₀ zu 8,3⁰/₀ und Sekundarstufe II 3,7⁰/₀ zu 6,0⁰/₀, als Versager beim Abitur 2,6⁰/₀ zu 3,8⁰/₀. Diese Besserstellung der Mädchen ist angesichts ihrer relativ günstigeren Notendurchschnitte verständlich. Unter den Mädchen finden sich auch weniger Lerngestörte, weniger Schulunlustige und weniger Schüler, die weniger leisten, als sie könnten (Todt 1979).

Von den Mädchen in den Abschlußklassen der Hauptschule (und Sonderschule), d. h. von ca. 48⁰/₀ aller Gleichaltrigen (gegenüber 55,0⁰/₀ bei den Jungen) geht ein relativ geringerer Teil direkt in die duale *Berufsausbildung* bzw. in Arbeitsanfangsstellen (und demgemäß in die Berufsschule) über: ca. 40⁰/₀ weibliche gegenüber 48,0⁰/₀ männlichen der Gleichaltrigen. Analog ist auch der Anteil der weiblichen Lehrlinge an der Gesamtzahl der Auszubildenden geringer als der der männlichen, er beträgt (1977) 36,5⁰/₀ – und zwar davon jeweils bei den Berufssparten Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischerei 20,9⁰/₀, Fertigungs-

berufe 5,6%, technische Berufe 41,7%, Dienstleistungsberufe 72,9%. Von den insgesamt ca. 27 000 Teilnehmern an Maßnahmen zur beruflichen *Weiterbildung* seit 1970 nach dem Stand von Mai 1976 waren ca. 10 000 weibliche. Von den im Jahr 1978 befragten *Abiturienten* wollten unter den männlichen 72,6% ein Studium beginnen, unter den weiblichen 64,7%; unter allen Studienwilligen machen die weiblichen 39,8% aus.

Die Mädchen haben also im Bereich der allgemein- und berufsbildenden Schulen den Anschluß erreicht, ihre Aufholwelle bereits hinter sich gebracht. Anders stehen sie noch auf den Hochschulen und im weiteren Berufsleben da, worüber hier nicht berichtet werden soll. Die Bevölkerung hat offenbar die Angebote des staatlichen Schulwesens längst und in aller Stille genutzt, durchaus auch für die Mädchen. Trotz gegenwärtiger Friktionen und Disproportionen auf dem Stellenmarkt läßt sich nicht leugnen, daß die weibliche Jugend damit à la longue zunehmend bessere Berufs- und Lebenschancen erworben hat und weiterhin erwirbt, wie aus den Zahlen für 1979 abzulesen sein wird. Das staatliche Schulwesen hat – von seinen fälligen „inneren Reformen“ abgesehen – zunächst die Türen zur Chancengerechtigkeit weit geöffnet, nachdem man bisher stets die Schule als ungerechten Chancenverteiler hingestellt hat. Jede vernünftige und effektive Reform spielt sich in Etappen ab; man kann die zweite nicht vor der ersten erreichen. Die zweite – im Ausbildungs- und Arbeitsleben – harrt noch der Erfüllung.

Schulbildung der Arbeiterkinder

Neben der geringeren Schulbildung der Mädchen war die Unterrepräsentation der „*Arbeiterkinder*“ auf den weiterführenden Schulen ein Hauptthema der Bildungsreform vergangener Jahre. Leider wurde dabei in Anlehnung an die US-amerikanische Unterscheidung von Blaukittel- und Weißkittel-Berufen – Hand- und Kopfarbeit wäre ein allzu antiquiertes Kriterium gewesen – nicht unter den arbeitsrechtlich als „Arbeiter“ tätigen Vätern bzw. Müttern unterschieden, wie es längst erforderlich ist: nämlich nach Ungelernten (Eingewiesenen), Angelernten (in vertraglichen Anlernberufen) und Facharbeitern mit abgeschlossener voller (meist dreijähriger) Berufsausbildung. Arbeitskundlich und soziologisch unverständlicherweise (oder absichtlich?) geschieht dies bei manchen Autoren noch heute. Noch heute werden hier und da Facharbeiter zur sozialen Unterschicht gezählt. Trotz dieser groben Mängel der meisten einschlägigen Statistiken zeichnen sich auch für die „Arbeiter“-Kinder mit den Jahren wesentlich bessere Chancen in der Schulbildung ab.

Während sich von 1960 bis 1976 die Gesamtzahl der Schüler um ca. 50% verstärkt hat, hat sich die Schülerzahl auf den weiterführenden Schulen um ca.

160% vermehrt. Besonders seit etwa 1970 haben sich die Schüler der Sekundarstufe I (ab 10./11. Lebensjahr) zunehmend stärker den weiterführenden Schulen zugewandt, so daß auch deshalb von einer schichtspezifischen Benachteiligung nur noch in schwindendem Maß geredet werden kann.

Stellt man auf die 8. Klassen der verschiedenen Schularten ab (1976), so erhält man folgende Verteilung der Schüler insgesamt (in Klammern der weiblichen): Sonderschule 4,8 (4,0)%, Hauptschule 43,0 (41,07)%, Realschule 24,0 (26,6)%, Gymnasium 24,9 (25,1)%, Gesamtschule 3,3 (3,3)%. Die 16jährigen zeigten 1976 folgende Verteilung: Sonderschule 1,3%, Hauptschule 5,2%, Berufsschule 43,9%, Berufsfachschule 10,7%, Realschule 12,6%, Gymnasium 19,6%, Gesamtschule 1,2%.

Die Tendenz zum Besuch weiterführender Schulen hat sich inzwischen noch verstärkt. Fraglos bedeutet diese generelle Zunahme aus einfachen quantitativen Überlegungen bezüglich der betroffenen Sozialschichten auch eine weitere Zunahme des Anteils von Kindern der unteren Mittelschicht (einschließlich Facharbeitern) und der Unterschicht auf den weiterführenden Schulen. Da sich vorzeitiger Abgang von diesen Schulen generell stark vermindert hat, entfällt auch die höhere Gefährdung von Kindern der unteren Mittelschicht durch Nichtversetzung oder vorzeitiges Ausscheiden.

Jürgens und Lengsfeld zeigen an einer großen Stichprobe für die Jahre 1971/72 noch immerhin Unterschiede zwischen Schichtzugehörigkeit und Schulbildung der Eltern einerseits und dem geplanten und realisierten Schulbesuch der Kinder andererseits. Allerdings realisierten ca. 20% der Eltern mit Volksschulbildung für ihre Kinder den Übergang zum Gymnasium und weitere 22% den Übergang zur Realschule. Ähnliche Verhältnisse zeigten sich bei den Zusammenhängen zwischen der Sozialschicht des Vaters und den Realisierungsquoten bezüglich weiterer Schulen: bei der unteren Mittelschicht sind es bereits 40%. Dabei ist zu bedenken, daß auch in der obersten Sozialschicht 25% der Kinder nicht das Gymnasium besuchen. Die schichtspezifischen Unterschiede erweisen sich übrigens als belanglos, sofern man in den Analysen die meßbare Begabung konstant hält, d. h. jeweils nur Schüler mit relativ gleichem Begabungsniveau bezüglich ihrer Schulbahnen vergleicht.

Ähnliches berichtet Lange aus dem Jahr 1975. Fend hat in seinen Untersuchungen für die Zeitspanne von 1969/70 bis 1972/73 in Baden-Württemberg den gesteigerten Zustrom von „Arbeiterkindern“ nachgewiesen: von ihnen strömten 20% (1969/70) bzw. 25% (1972/73) auf die Realschulen und 12,1% bzw. 14,6% auf die Gymnasien; der Anteil solcher Schüler auf weiterführenden Schulen steigerte sich also in jenen drei Jahren von 32% auf 40%.

Eine andere Frage ist, wie viele Schüler unter den Schülern in den fünften und sechsten Klassen bestimmten Sozialschichten zuzuordnen sind: von Arbeiterkindern sitzen 41,5% auf den Schulbänken der Realschulen und 19,4 bzw. 20,4%

in den Klassen der Gymnasien. Errechnet man die Anteile aller Sozialschichten, so ergibt sich folgendes: Realschulen werden in diesen unteren Klassen zu 98,5% von Nichtakademiker-Kindern bevölkert, Gymnasien zu 84,2%.

Nun ist selbstverständlich mit der Datenlage im Bereich der Schulbahnen und der Schulabschlüsse noch nicht „alles“ gesagt; aber zumindest sollte diese Makro-Statistik unseres Schulwesens endlich generell zur Kenntnis genommen werden. Freilich bleiben hinter jenem „Aufstieg“ viele Probleme verborgen, die hier nicht erörtert werden können. Man soll die effektiven Errungenschaften aber nicht leichtfertig als bloß technokratische Lösungen abtun. Staatliche Gesetzgebung und Verwaltung können und sollen nicht Herzenspfleger und Seelenbüttel oder gar Oberaufklärer spielen; sie sollen jedoch gute Institutionen und Regelungen schaffen, reformieren und kontrollieren.

Zumindest sollte man endlich damit aufhören, gedankenlos vom *Schulstreß* zu sprechen. Wenn Eltern und Kinder die falsche Schulbahn wählen, der weder die Begabungen der Kinder noch die Hilfsmöglichkeiten der Eltern gewachsen sind, soll man nicht das „System“ dafür anklagen. Neben törichter Bildungswerbung und der Verherrlichung der obersten Bildungsetagen gab und gibt es gleichzeitig von seiten der Lehrer, Berufsberater und Ausbilder Warnungen vor zu hochgestellten Erwartungen an die persönliche intellektuelle Leistungsfähigkeit und Durchhaltekraft der Schüler. Selbst sofern man diese Mängel nicht allein als persönlichkeitspezifisch, sondern zu einem Teil als sozialschichtbezogen und zeitgeistunterworfen einschätzen mag, so sollte man auch diese Behinderungen bei der Planung der Schullaufbahn einkalkulieren – nicht „festschreibend“, wohl aber „realistisch-progressiv“.

Um dazu die Jugendlichen selber zu Wort kommen zu lassen, sei u. a. auf die Emnid-Befragungen von 1973 bis 1978 hingewiesen, die ein relativ übersichtliches, einhelliges und kontinuierliches Bild zumindest der offen geäußerten Meinungen ergeben. Schulbildung, Berufschancen, Berufsausbildung und elterliche Unterstützung werden übereinstimmend über die Jahre – im internationalen Vergleich gerade für die Bundesrepublik Deutschland – von den Jugendlichen mit relativ hohen Quoten positiv eingeschätzt. Ebenso werden bisherige Aufstiege und Verbesserungen des Lebensstandards innerhalb der Herkunftsfamilie sowie persönliche Entfaltungsmöglichkeiten auch abseits des Elternstatus und Schulabschlusses in unserem System eingestanden. Dabei zeigt die Herkunftsschicht meist nur geringe oder keine direkten Zusammenhänge mit den Aussagen der Jugendlichen. Von denen, welche die an sie gestellten Anforderungen als hoch einschätzen, halten dies die meisten für gerechtfertigt. Freilich bleibt daneben ein Teil (ca. 10–20%) übrig, der nicht auf der gewählten Bahn „mitkommt“ bzw. die Anforderungen nicht akzeptiert.

Man darf also feststellen: Zwar können immer noch und stets fortlaufend „Begabungsreserven“ entdeckt und gefördert, Bildungslaufbahnen korrigiert

und verbessert werden; es wird auch weiterhin neben bildungsmäßigem Aufstieg den gegenläufigen Abstieg geben; im großen und ganzen aber ist „sozialer Wandel“ im Schulsystem organisatorisch durchgeführt und unter beachtlichen Opfern aller Beteiligten (Steuerzahler, Verwaltungen, Lehrer incl. Hochschullehrer, Eltern, Schüler, Studenten und Lehrlinge) erfüllt. Selbstverständlich bedürfen auch diese Reformen weiterer Reformen, und zwar in der Bevorzugung humaner und praktischer und nicht bloß intellektueller und professioneller Besserstellungen bei den Schülern.

Wachsende Chancengerechtigkeit

Diese beachtlichen Fortschritte und Errungenschaften im Sinn unseres Grundgesetzes, d. h. im Sinn der Chancengerechtigkeit, der sozialen Verantwortung gegenüber den (bisher) Schwächeren und eines Ausgleichs von sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Unterschieden, lassen sich nicht nur im staatlichen Bildungsbereich deutlich erkennen. Sie treten ähnlich in Erscheinung in der Entwicklung der Einkommen, des Wohnungswesens und sogar der Vermögen. Auch in diesen Bereichen wird gern mit überholten Zahlen gespielt, werden die verbleibenden Schattenseiten besonders hervorgehoben und Vergleiche mit anderen Ländern und Systemen unterlassen. Es ist fast ein Skandal, wie leichtfertig selbst angesehene Teile unseres Medienwesens zu den genannten Struktureigenschaften unserer Gesellschaft Informationen ohne deren Zusammenhänge veröffentlichen.

Ein Beispiel, und zwar nicht mit „affirmativer“ Tendenz: Die nicht gerechtfertigte Spanne zwischen Männerlöhnen und Frauenlöhnen von ungelernten Produktionsarbeitern in der Privatwirtschaft hat sich immerhin insofern verringert, als die Frauenlöhne im Durchschnitt von 60% (1950) auf 73% (1978) der Männerlöhne angehoben worden sind (unter anderem durch Fortfall von Leichtlohngruppen), ähnlich wie in Frankreich und Österreich und besser als in der Schweiz, aber noch unzulänglicher als in Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien. In England allerdings erhalten auch die Männer sehr niedrige Löhne mit geringer Kaufkraft, d. h. ihr Realeinkommen erreicht nur etwa 50% der westdeutschen Arbeitnehmer in gleicher beruflicher Position. Zieht man Querschnitte über alle nicht im öffentlichen Dienst tätigen Erwerbspersonen, schneiden die Frauen ebenfalls noch beachtlich um ca. 20% schlechter ab als die Männer in gleicher Position.

Hier sollte gerechter Wandel geschaffen werden, der allerdings nur in gemeinsamer Anstrengung aller EG-Länder gelingen dürfte, den jedoch „die Wirtschaft“ in Anbetracht der hohen Männerlöhne verkraften würde. Solcher Wandel ist viel redlicher als eine Abdrängung der Frauen auf Teilzeitarbeit, auf anderweitige Einkünfte oder aus dem Erwerbsleben überhaupt; fast 50%

der deutschen Frauen sind berufstätig aus den verschiedensten Beweggründen, auch aus wirtschaftlichem Zwang oder aus Freude am Beruf.

Allerdings werden bei solchen sehr allgemeinen Vergleichen oft nicht genau genug die übrigen Differenzen zwischen Frauen und Männern erhoben: in Schulbildung, Berufsausbildung, Verbleib im erlernten Beruf, Beschäftigungsdauer im Betrieb, Teilzeitarbeit, Wahrnehmung von Überstunden, Schichtarbeit und Nachtdienst, Inkaufnahme gesundheitlicher Risiken im Dienst. Daß Frauen in Anbetracht ihrer Lebensplanung und ihrer möglichen Dreifachbelastung ihr Arbeitsleben anders organisieren als Männer, ist sicher verständlich, man soll es aber auch redlich darstellen und erwähnen. Dies ist für die Berufsplanung und Berufsberatung der Mädchen aller Schularten hilfreicher als feministischer Pessimismus; es ist auch bereits für die Schullaufbahnentscheidung der Mädchen dienlich.

Der Leser soll hier nicht in eine weitläufige Analyse der Einkommensstruktur der deutschen Bevölkerung verwickelt werden. Er sollte aber aufmerksam und skeptisch gemacht werden gegen unvollständige, unzusammenhängende, undifferenzierte, nicht in Vergleich gezogene Querschnittsdaten und Trends.

Die erwähnten Differenzierungen wirken sich selbstverständlich auch in den Einkommensunterschieden der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Selbständigen und Rentner aus, sofern man diese Gruppen zutreffend gliedert. Aber selbst amtliche Klassifizierungen und Veröffentlichungen unterlassen die unbedingt erforderliche Aufgliederung nach ungelernten Hilfsarbeitern (ohne jegliche Ausbildung, aber meist mit Einweisung), angelernten Arbeitern (z. B. mit ein- bis zweijährigem Anlernvertrag als Fräser, Schweißer, Lackierer u. a. m.) und gelernten Facharbeitern (mit meist dreijähriger Berufsausbildung). Sie unterlassen ebenso die Aufgliederung innerhalb der Angestellten- und Beamtenberufe: Ein Bürobote ohne Vorbildung wird ebensowohl als Angestellter ausgewiesen wie ein Berufstätiger im höheren Dienst mit Universitätsdiplom. Auch werden häufig Brutto- und Nettoverdienste durcheinander aufgeführt. Oft wird das Haushaltseinkommen mit dem Einkommen der einzelnen vertauscht. Übertarifliche Vergütungen, Arbeitgeberanteile an Sozial- und Krankenversicherung, betriebliche Sonderleistungen (in großer Vielfalt), Betriebsrenten, Mitarbeit von Familienangehörigen, Kindergeld, Steuervergünstigungen u. a. m. werden meist verschwiegen.

Es ist also für den Laien heute sehr schwer, ein redliches, aus der Sache heraus differenziertes, aktuelles Bild zu erhalten. Statt dessen wird man den Verdacht der Datenmanipulation aus ideologischer Absicht und Systemkritik nicht los. Wenn selbst eine renommierte konservative Tageszeitung den Kopf schüttelt über die „sozialen“ Unterschiede von allzu grob berechneten Durchschnitts-Haushalts-Einkommen bei „Arbeitern“, „Angestellten“ etc., so scheint eine fahrlässige Ungenauigkeit oder noch Böseres im Schwange zu sein.

Situation der Rentner

Ein besonderes Tummelfeld von Systemkritik und Sozialalarm sind die nicht mehr berufstätigen Alten. Daß man die günstigere Situation der pensionierten Beamten und Beamtinnen nicht erwähnt, ist verzeihlich; deren Einkommen liegen im Durchschnitt (1978) etwa um ein Drittel höher als die der Rentner. Daß sich inzwischen für heutige Berufstätige eine Angleichung zwischen Beamtenpensionen und Angestellten- bzw. Arbeiterrenten vollzogen hat, daß Pensionen besteuert, dagegen Renten nicht besteuert werden, dies zu verschweigen ist wiederum ein unzulässiger Trick. Außerdem werden bei den Rentnerhaushalten (mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen von 1650 DM im Jahr 1978) meist nicht die erforderlichen Unterscheidungen aufgeführt: ob öffentliche Rentenversicherung, Betriebsrenten, Hinterbliebenenrenten oder Sozialrenten. Dabei wird auch nicht erwähnt, ob die Betroffenen normale Versicherungsleistungen oder überrnormale Leistungen (Zusatzversicherungen) – oder gar keine – entrichtet haben. Vor allem wird nicht unterschieden zwischen Rentnern, die durch eigene Erwerbstätigkeit und eigene Versicherungsleistungen für ihr Alter vorgesorgt haben, und solchen, die es nicht getan haben oder es, z. B. als nicht berufstätige und nicht „mithelfende“ Familienmütter, auch schwerlich tun konnten. Und dies, obwohl ein heutiger Rentner in einer Zeit aufgewachsen ist, in der längst für alle Erwerbstätigen Versicherungspflicht bestand, der man nur durch Verheimlichung, Schwarzarbeit, häufigen Stellenwechsel oder innerhalb von Familienbetrieben entgehen konnte.

Und schließlich werden bei den Sozialrenten nie die meist geleisteten Zuschläge für Heizung, Kleidung, Wohnung und anderes erwähnt. So entsteht dann eine partiell ungünstige Statistik, mit der manche Leute jedoch trefflich Politik machen zu können glauben.

Kinderreiche Familien

Um noch ein heißes Eisen in redlicher Informationsabsicht anzufassen: Wie steht es wirklich mit den Familien mit Kindern? Auch hierbei wird mehr geklagt, als auf die längst bestehenden Regelungen hingewiesen. Die Familien mit Kindern gelangen rechtmäßig und auch verdienftermaßen in den Genuß folgender Vergünstigungen: Kindergeld, höherer Ortszuschlag, andere Steuerklasse, erhöhte Freibeträge, geringere Sozialversicherungs- und Krankenkassenbeiträge im Verhältnis zu Ledigen, Sparprämien, Abschreibungen für besondere Belastungen durch Ausbildung der Kinder, Hausgehilfen, Inanspruchnahme von Verwandten etc., Mutterschaftsfürsorge und -urlaub, Ausbildungsbeihilfen und Studienförderung für Kinder aus Familien mit geringerem Ein-

kommen etc. In Baden-Württemberg und Niedersachsen gibt es bereits Erziehungsgelder für die Mütter. Wieweit sollen die staatlich-bürokratischen Ausgleichsregelungen denn nun noch vorangetrieben werden? Bei manchen Politikern und Medienmachern hat man den Eindruck, daß sie den Status quo überhaupt nicht kennen. Die Familien selbst allerdings dürften ihn kennen und auch anerkennen. Ob es den Kindern so wohl tut, bis zu einem anspruchsvollen Studienabschluß hinauf derart amtlich abgesichert zu sein, ist sehr fragwürdig.

Mit diesem Überblick über den heutigen Stand der Schulbildung in der Bundesrepublik Deutschland und einigen aktuellen Anmerkungen zur Sozialstatistik soll die Unredlichkeit der allfälligen Nörgelei an unseren Verhältnissen gekennzeichnet werden. Unsere Bevölkerung wird der Kenntnis und Anerkennung des Status quo dringlich bedürfen – in Anbetracht der Bedrohungen, die auf uns zukommen. Sie muß die Unglückspropheten von links und rechts in die Schranken weisen. Erst im Rahmen des großen Wohlstands, den wir zumeist (noch) erleben dürfen und als solchen beim Namen nennen sollen, ohne ihn zu strapazieren, sind die materiellen, organisatorischen und geistigen Schwachpunkte in unserer Gesellschaft zu kennzeichnen und zu überwinden, wie sie der darin Eingeweihte und Tätige kennt. Und erst mit dieser Gelassenheit können wir die risikvollen Entwicklungen in der Welt und die Verflechtungen mit ihr bestehen. Dazu verhelfen keine bloßen Umkehr-Appelle, sondern vielmehr rationale, transparente, vergleichende Darlegungen der Errungenschaften und des Erreichten.

Literatur: Arbeitsmarktzahlen für Juli 1978 und Mai 1979, hrsg. v. d. Bundesanstalt für Arbeit, Presseinformationen 49/1978 und 33/1979; *Berufsberatung 1977/78*, Ergebnisse der Berufsberatungstatistik, hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg 1979); *Bildung im Zahlenspiegel*, hrsg. v. Statistischen Bundesamt (Mainz 1978); *Emnid*, Jugend zwischen 13 und 24, hrsg. v. Jugendwerk der Deutschen Shell (Bielefeld 1975); *Emnid*, Jugend in Europa, hrsg. v. Jugendwerk der Deutschen Shell (Bielefeld 1977); *H. Fend*, Gesellschaftliche Bedingungen schulischer Sozialisation (Weinheim 1974); *Grund- und Strukturdaten*, hrsg. v. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Bonn 1978, 1979); *B. Hille*, Berufs- und Lebenspläne sechzehnjähriger Schülerinnen. Eine empirische Studie an Realschulen, Gymnasien und Hauptschulen (Frankfurt 1976); *dies.*, Psychologische Aspekte der Berufswahl in beiden deutschen Staaten, in: Beiträge zur Jugendforschung, hrsg. v. B. Hille und B. Roeder (Opladen 1979) 11–30; *H. Hofbauer, K. Kraft*, Betriebliche Berufsausbildung bei Frauen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (1978) 2, 131–147; *W. Jaide*, Milieueinflüsse auf die Berufswahl, in: Die Psychologie des 20. Jahrhunderts, Bd. 13 (1980); *H. W. Jürgens, W. Lengsfeld*, Der Einfluß des Elternhauses auf den Bildungsweg der Kinder (Stuttgart 1977); *Statistisches Jahrbuch* für die Bundesrepublik Deutschland 1978 (Stuttgart 1979); *E. Todt*, Geschlechtsrolle und schulisches Lernen, in: Bericht über den 31. Kongreß der Dt. Ges. f. Psychologie in Mannheim 1978 (Göttingen 1979) 28–31; *Vom Proletarier zum Industriebürger*, hrsg. v. Th. Scharmann und E. Roth (Stuttgart 1976).